

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport am
15.05.2012
(9. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Gemeinsame Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und im Primarbereich der Offenen Ganztagsschule Vorlage: FB2/314/2012	5
2 Verschiedenes	8

Anwesenheit

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Anwesend

Vorsitzende

Frau Renate Kox Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für sachkundige Bürgerin Förster
Herr Hans-Jürgen Denecke	Sachkundiger Bürger	
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Ratsherrn Lerch
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	
Frau Norma Köser-Voitz	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Ratsfrau Schoppe
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	Vertretung für Ratsfrau Steinforth

von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Michael Bertholdt	Sachkundiger Bürger	
Frau Katja Giesen	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Ratsherrn Burkhardt
Frau Gabriele Schmidt	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Michael Billen	Sachkundiger Bürger	Vertretung für sachkundigen Bürger Jankowsky
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	Vertretung für Ratsfrau Niederdellmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Dario Dammer	Ratsmitglied	
Frau Sarah Stockmann	Ratsmitglied	

von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Sören Daft	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Ratsfrau Glasmacher
-----------------	---------------------	------------------------------------

Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport

Herr Christoph Hauke	beratendes Mitglied Zentrum	
Frau Petra Stecher	Stadtelternrat	
Herr Jörg Winterwerb	Vertreter der Schulen	

fraktionsloses Ratsmitglied Ausschuss für Schule und Sport

Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
-----------------------------	--------------	--

von der CDU-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	Vertretung für Ratsherrn Lerch
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Burkhardt
Herr Klaus Mock		Vertreter für sachkundige Bürgerin Brennecke
Frau Gesine Wellhausen	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Jugendhilfeausschuss

Herr Marco Becker	Ratsmitglied
-------------------	--------------

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Frau Karin Solbach-Kandel	Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Herr Andreas Harms	Sachkundiger Bürger
--------------------	---------------------

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Dr. Norbert Friedrich	Sachkundiger Bürger
Herr Torsten Steinbrinck	

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Herr Detlef Krügel	Bereichsleiter Fachbereich 3
Herr Peter Ritter	Fachbereich 3

Gäste

Frau Sabine Holtmann	Jugendamtselternbeirat
----------------------	------------------------

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf	Fachbereich 2
--------------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Frau Gerlind Förster	Sachkundige Bürgerin
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Frau Brunhild Steinforth	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Dr. Klaus Brennecke	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Alexander Jankowsky	Sachkundiger Bürger
Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
-------------------------	--------------

Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport

Herr Dieter Aldenhoff	Vertreter der Schulen
Herr M.A. Mike Kunze	Stadtsportverband
Herr Wilfried Pahlke	Wohlfahrtsverbände
Herr Karl-Heinz Pütz	Katholische Kirchengemeinde

von der CDU-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der FDP-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr David Burkhardt	Ratsmitglied
----------------------	--------------

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Christian Bößen	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Zahn	

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Sigrid Brennecke	Sachkundige Bürgerin
-----------------------	----------------------

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Barbarino	Stadtjugendring
Frau Yvonne Brunk	Evangelische Kirchengemeinden
Herr Wolfgang Burchartz	Polizeibehörde
Frau Sandra Grünkemeier	Katholische Kirchengemeinden
Frau Doris Kunnen	Untere Schulaufsichtsbehörde
Herr Michael Sarwas	Agentur für Arbeit
Herr Ulrich Steeger	Familiengericht
Frau Dr. Kirsten Vietmeyer	Gesundheitsamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe auch im Namen der Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Sport, Frau Kox, die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht zur gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Schule und Sport eingeladen ist.

Sodann wird das stellvertretende Ausschussmitglied Klaus Mock durch die Vorsitzende in sein Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

- 1 Gemeinsame Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und im Primarbereich der Offenen Ganztagschule**
Vorlage: FB2/314/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport empfehlen dem Rat der Stadt Meerbusch die beifügte Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich einschließlich der Beitragstabellen entsprechend der Alternative 2 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			3
FDP	2		
SPD		1	
Bündnis 90/Die Grünen			1
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	1
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			1
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2	1	
Gesamt:	4	3	6

Abstimmungsergebnis Ausschuss für Schule und Sport:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			7
FDP	4		
SPD		2	
Bündnis 90/Die Grünen			2
UWG	1	1	
fraktionslos	1		
Gesamt:	6	2	9

Vorsitzende Schoppe weist eingangs auf den vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2012 hin.

Ratsherr Wartchow führt dazu aus, dass mit dem vorgelegten Antrag eine Modifizierung des Verwaltungsvorschlages zur Beitragsatzung erreicht werden solle. Der Antrag spreche für sich selbst, so dass weitere Ausführungen entbehrlich seien.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert, dass die gewünschte Vereinheitlichung der Beiträge für alle drei Betreuungsarten eine Umschichtung erforderlich gemacht habe. Die Übertragung der bestehenden Beitragsfreigrenze von 25.000 € (bis 31.7.2009 15.000 €) für den Kitabereich auch auf die Tagespflege - bisher 12.271 € Freigrenze - und die OGATA – bisher ausschließlich Freistellung für Tranferleistungsbezieher -, die Einführung der Sozialstaffel auch im Bereich OGATA und die komplette Freistellung von Geschwisterkindern habe bereits im Verwaltungsentwurf zu einer deutlichen Erhöhung der Beiträge für Beitragszahler oberhalb von 85.000 € geführt. Der Anteil der beitragsfreigestellten Familien von derzeit 51% würde bei einer Entlastung von Familien bis zu einem Einkommen von 30.000 € auf dann 56 % steigen.

Durch die Freistellung errechne sich ein Verlust von 80.000 €. Dieser Betrag sei von der Verwaltung in einer Proberechnung, wie von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragt, auf die neuen Beitragsstufen 7 und 8 im Bereich Kindertagesstätte und Tagespflege verteilt worden. Von der zusätzlichen Erhöhung betroffen wären 326 Familien im Bereich Kita und 30 Familien im Bereich Tagespflege. In der Einkommensstufe 7 - über 85.000 € - steigt der Elternbeitrag für ein Ü 3 Kind mit 35 Std. gegenüber dem derzeitigen Beitrag um 17,-- €/Monat, bei 45 Std. um 27 €/Monat, für ein U 3 Kind um 27 € bzw. 29 €. In der Stufe 8 - über 97.000 € - betrage die Differenz im Ü 3-Bereich mit 35 Std. 27 €/Monat, bei 45 Std. 42 €, im U 3 Bereich 47 € bzw. 54 €.

Ratsfrau Wellhausen spricht sich gegen den Änderungsantrag aus und verweist darauf, dass Meerbusch im Vergleich zu den umliegenden Kommunen mit einer Freistellungsgrenze von 25.000 € bereits einen Spitzenplatz eingenommen habe mit Ausnahme der jedoch finanziell deutlich besser gestellten Stadt Düsseldorf.

Unter Hinweis auf die demographische Entwicklung in Meerbusch mit einer überproportionalen Alterung bis 2030 bestehe dringender Handlungsbedarf, zumal Meerbusch sich als familienfreundliche Stadt positioniere. Das insgesamt teure Wohnraumangebot in Meerbusch richte sich aber eher an die Gruppe der Besserverdienenden, von denen eine Vielzahl in Folge der Erhöhung der Freistellungsgrenze belastet würden. Da eine Erhöhung im OGATA-Bereich nicht mehr möglich sei, bestehe zudem eine Ungleichbehandlung gegenüber der Beitragserhebung für Kita und Tagespflege.

Sachkundiger Bürger Harms führt aus, dass er dem vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen inhaltlich nicht folgen könne; nur wenige würden ent-, jedoch viele belastet. Er kündigt daher seine Enthaltung in der folgenden Abstimmung an.

Ratsherr Wartchow plädiert für eine Zustimmung zum Änderungsantrag, der ausgewogen und kostenneutral sei. Die moderate Erhöhung der Freigrenze bewirke, dass jeder sein Kind in die Betreuung geben könne. Auch die Wenigerverdienenden müssten berücksichtigt werden.

Ratsfrau Schmidt gibt zu bedenken, dass eine Beitragserhöhung auch für die sog. Besserverdienenden eine Belastung darstelle, die verkräftet werden müsse. Sie verweist auf den in der letzten Sitzung bereits vorgelegten Entwurf der Verwaltung, die mit der präferierten Alternative 2 eine ausgewogene Beitragserhebung entwickelt und vorgeschlagen habe.

Ratsherr Eimer spricht sich ebenfalls gegen den Änderungsvorschlag und für den Verwaltungsvorschlag der letzten Sitzung aus, der vertretbar aber nicht gewollt gewesen sei. Auch eine immer höhere Belastung der Besserverdienenden sei letztlich unsozial.

Ratsherr Becker äußert seine Verwunderung über die seines Erachtens nicht schlüssigen Ausführungen und weist zunächst darauf hin, dass der Änderungsantrag dem Grundsatz der Haushaltsneutralität folge.

Als Grundlage des Antrages habe man sich darauf verständigt, den Fokus auf die ca. 110 Familien zu richten, die von einer Anhebung des Freistellungsbetrages profitierten. Trotz hoher Mietkosten in Meerbusch müssten die besonderen Bedingungen einer Kommune berücksichtigt werden. Nicht jede Stadt habe die Gelegenheit, so viele einkommensstarke Familien zur Kostenbeteiligung heranzuziehen, für die wiederum die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit bestehe.

Einvernehmlich erhält sodann die Vorsitzende des Jugendamtselternbeirates, Frau Sabine Holtmann, Gelegenheit zur Stellungnahme.

Frau Holtmann dankt zunächst für die Möglichkeit, weitere Aspekte aus Sicht der Familien zur Diskussion beitragen zu können. Da sie alle Eltern im Bereich Kindertageseinrichtungen gleichermaßen vertrete, könne sie jedoch keine Bewertung im Hinblick auf die unterschiedlichen Einkommensgruppen vornehmen. Frau Holtmann führt aus, dass sie in den letzten Wochen viele Gespräche insbesondere mit den Müttern hinsichtlich der beabsichtigten Beitragserhöhung geführt habe. Auch bei den sog. Besserverdienenden werde in Frage gestellt, ob sich eine Teilzeitberufstätigkeit bei höheren Betreuungskosten noch auszahle. Zwar werde eine Beitragserhöhung zur Qualitätssicherung durchaus anerkannt, allerdings stelle die Erhöhung eine Mehrbelastung für die Familien dar.

Positiv stellt Frau Holtmann heraus, dass der vorliegende Entwurf die betreuungsformübergreifende Befreiung von Geschwisterkindern und nun auch von Geschwistern von Vorschulkindern vorsehe, was eindeutig eine Entlastung der Familien bewirke.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich aus der gesetzlich vorgeschriebenen Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr ein Einnahmeausfall aus entgangenen Elternbeiträgen und nicht auskömmlicher Ausgleichszahlung des Landes von ca. 270.000 € ergebe, der zusätzlich im Haushalt zu verkraften sei. Dieser Betrag sei nicht in den Entwurf der Beitragssatzung eingeflossen.

Sodann wird über den vorliegenden und weitergehenden Änderungsantrag der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2012 zunächst durch den Jugendhilfeausschuss abgestimmt. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, so dass eine weitere Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Sport entfällt.

Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
FDP		2	
SPD		1	
Bündnis 90/Die Grünen	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		1
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			1
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		3	
Gesamt:	5	6	2

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 17.50 – 18.00 Uhr erfolgt die nach Ausschüssen getrennte Abstimmung über den in der Sitzung am 18.04.2012 vertagten Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Dem Beschlussvorschlag der Alternative 2 wird mehrheitlich zugestimmt.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der dem Beschluss beigefügte Satzungsentwurf (Anlage 18 der Beratungsvorlage) enthält auf Hinweis des städt. Service Recht in § 6 – Beitragsermäßigung - eine redaktionelle Klarstellung zur Geschwisterkindbefreiung. Die Einfügung ist rot markiert.

Auf Vorschlag von Rats Herrn Schoenauer ergeht einvernehmlich der Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob der Rat im Rahmen seiner Entscheidungskompetenzen berechtigt ist, sich über das Votum des Jugendhilfeausschusses zur Elternbeitragssatzung hinweg zu setzen.

2 Verschiedenes

Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion vor zur Beteiligung des Jugendamtselternbeirates an den Beratungen des Jugendhilfeausschusses.

Ratsfrau Wellhausen zieht den Antrag zurück mit der Bitte, diesen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.

Meerbusch, den 16. Mai 2012

Renate Kox
Ausschussvorsitzende
Schule und Sport

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende
Jugendhilfeausschuss

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in